

30. Juni 1965

## TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/121

Bonn, den 29. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	Zur "Volksversicherung" keine Alternative ----- Positive Stellungnahmen überwiegen Von Fritz Büttner, MdB	87
3	Entblößend ----- Wieder mal ein "Interview" von Ludwig Erhard Von Franz Barsig	33
4 - 5	Stetige Politik der Labour Regierung ----- Überwindung konservativer Mißwirtschaft Von Fritz Segall, London	140
7	Wie das Wetter auf die Gesundheit einwirkt ----- Weltorganisation für Meteorologie kommt zu erstaunlichen Feststellungen Von Pierre Simonitsch, Genf	51

## Zur "Volksversicherung" keine Alternative

---

### Positive Stellungnahmen überwiegen

Von Fritz Büttner, MdB

Wenn man von den allerersten Stellungnahmen zur Schaffung der Volksversicherung absieht, die diesen guten Plan kurzerhand mit dem Einwand abtaten, er sei finanziell nicht durchführbar (wobei man sich nur wundern muß, daß eine solche Prüfung über Nacht angestellt werden konnte), so ergibt sich insgesamt bei allen ernstzunehmenden Gesprächspartnern eine durchaus positive Stellungnahme. Auch die Ausführungen, die der Bundesarbeitsminister Blank in einer Pressekonferenz in Bonn gemacht hat, lassen erkennen, daß der zuständige Fachminister keine durchschlagende Kritik vorbringen kann, um die Volksversicherung in ihrer Grundkonzeption zu erschüttern.

Zunächst trifft diese Feststellung auf die dem Vorschlag beigelegten Berechnungen über die finanzielle Mehrbelastung zu, die die Volksversicherung mit sich bringen würde. Die Sachverständigen des Bundesarbeitsministeriums, die die Vorschläge der SPD analysiert haben, vertreten die Auffassung, daß die finanziellen Überlegungen der SPD "annähernd korrekt ermittelt" sind. Aus dieser Formulierung kann auf eine sachliche Übereinstimmung geschlossen werden.

Als Ansatzpunkte der Kritik des Bundesarbeitsministers verbleiben

1. die Volksversicherung der Selbständigen und
2. die Modifikation der Altersgrenze.

Bei der Volksversicherung der Selbständigen ist die Freiwilligkeit des Beitritts vorgesehen. Bei der Übergangsregelung für die heute schon älteren Selbständigen ist bei allen Bemühen um eine soziale gerechte Regelung dem Leistungsprinzip vor allem großzügiger Regelung der Vorrang gegeben worden. Dies ist so zu verstehen, daß für ältere Selbständige die Wartezeit abgekürzt werden kann, daß aber im übrigen von denen, die Leistungen erhalten wollen, zunächst Beiträge zu zahlen sind.

Der Bundesarbeitsminister hält den zwangweisen Beitritt der Selbständigen für notwendig und plädiert für eine großzügige Regelung für die sogenannte uralte Last; das sind solche Selbständige, die keine Beiträge mehr aufbringen können.

Wenn Minister Blank in dem Zusammenhang von einer "aufgelockerten Pflichtversicherung" spricht, so muß man sagen, daß

gerade die Volksversicherung der Selbständigen eine solche Lösung darstellt. Es ist hier festzustellen, daß der Bundesarbeitsminister die gewiß maßvollen Pläne der Volksversicherung in diesem Punkte zu übertreffen versucht. Man könnte meinen, daß hier Opposition und Regierung die Plätze vertauscht haben.

Zur Frage, ob die Volksversicherung der Selbständigen finanziell gesichert ist, wenn der Beitritt zu ihr freiwillig sein soll, kann man nur die Antwort geben, daß nach den Plänen der SPD gewisse Rücklagen gebildet werden sollen. Nach dem Wortlaut des Planes entspricht die Volksversicherung der Selbständigen dem Grundsatz finanzieller Solidarität; die Freiwilligkeit bei der Volksversicherung der Selbständigen ist durch besondere Sicherheitsfaktoren berücksichtigt worden.

In der Zeitungsmeldung über das Interview, das der Bundesarbeitsminister der Presse gab, ist seine Meinung dargelegt, daß es langfristig schon heute vorzuziehen sei, daß die Altersversicherung der Selbständigen als freiwillige Versicherung nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren nicht existieren könne. Eine solche Äußerung entbehrt der fachlichen Grundlage, denn Freiwilligkeit des Beitritts und Anwartschaftsdeckungsverfahren gehören nun einmal zusammen.

Der SPD-Vorschlag sieht vor, die Altersrente auf Wunsch bereits mit dem 62. Lebensjahr zu gewähren; er enthält aber auch die Alternative, sie unter entsprechender Höhersetzung mit dem 68. Lebensjahr beginnen zu lassen. Der Bundesarbeitsminister wendet sich nun gegen die Möglichkeit der Herabsetzung der Altersgrenze. Es sei nochmals betont, daß dies fakultativ und nicht generell geplant ist und daß schon heute nach dem Sozialbericht der Bundesregierung für 1964 die Rentenzahlung für 32 Prozent der Angestellten und 38 Prozent der Arbeiter vor Erreichung des 65. Lebensjahres einsetzt. Es braucht kaum angenommen zu werden, daß diese Prozentzahlen sich wesentlich verändern, wenn die Erlangung der Altersrente den Versicherten erleichtert wird, zumal die Renten ab Alter 62 niedriger bemessen werden als die ab Alter 65.

Faßt man den Grundgehalt der Blank'schen Vorbehalte zusammen und wertet ihre Substanz im Verhältnis zu dem umfassenden Vorschlag der Schaffung einer Volksversicherung im wahren Sinne des Wortes, so muß man Professor Schellenberg beisplichten, der erklärte: "Die gegenwärtige Bundesregierung hat keine Alternative zur Volksversicherung."

Es ist selbstverständlich, daß ein so umfassender Vorschlag, wie ihn die Volksversicherung darstellt, einer sorgfältigen Nachprüfung durch die Experten in der Einzelheiten bedarf, bevor er kodifiziert werden kann. Solche möglichen Korrekturen sind aber nicht in der Lage, die Idee zu erschüttern, dem ganzen deutschen Volk, Unselbständigen wie Selbständigen, die Möglichkeit einer Altersversorgung zu bieten, deren Grundlagen klar und verständlich sind, die angesichts der Leistungen preiswert ist und die noch Raum läßt für die Initiative des Einzelnen, sich durch eigene Leistungen zusätzliche Fundierungen zu schaffen.

Entblößend

Wieder mal ein "Interview" von Ludwig Erhard

Von Franz Barsig

Auf dem Titelblatt eine Badeschönheit im Bikini, bei der man damit rechnen muß, daß beim nächsten tiefen Atomkolen alle Stricke reißen und sie "oben-ohne" dasteht. Im Inneren des Blattes weitere - genau gezählt - 25 Damen mit tiefen Einblicken von oben bis unten. Dazwischen zwar voll bekleidet, aber dafür politisch genauso entblößt - Ludwig Erhard.

Noch konkreter gesprochen: Wir meinen das Interview, das heute in der "Neuen Illustrierten" von Ludwig Erhard erscheint. Daß er zweimal von Willy Brandt sagt: "Der Mann ist mir nicht so wichtig", nehmen wir mit Gelassenheit hin. Die Saarwähler dürften Ludwig Erhard gezeigt haben, daß er sich bald eines besseren belehren lassen muß.

In diesem Interview aber befinden sich zwei so grobe politische Schnitzer, daß erneut der Satz Adenauers bestätigt wird: Erhard versteht nichts von der Politik. Auf die Frage nach dem Besuch des SPD-Vorsitzenden beim französischen Staatspräsidenten antwortete Erhard lapidar: "Den nehme ich nicht ernst."

Nun gut, er braucht es nicht zu tun. Uns genügt es, wenn der französische Staatspräsident diesen Besuch ernst genommen hat. Es genügt völlig, wenn das Auswärtige Amt den Ernst der Sache erfaßt hat, denn sonst hätte es Willy Brandt vorher nicht eindringlich geketen, deutsche Lebensinteressen, darunter die unstrittenen Grenzfragen, eindringlich vorzutragen. Begnügen wir uns mit der Feststellung, daß diese Aussage Erhards von entwerfender Unkenntnis der internationalen Zusammenhänge zeugt.

Und zum Besuch Brandts bei Adenauer sagt Erhard, das sei plumper Wahlschwindel. Brandt hätte Adenauer nicht besuchen können, wenn dieser nicht seine Zustimmung gegeben hätte. Also ist, wenn Erhard recht hat, auch Adenauer ein plumper Wahlschwindler. Für wen - gegen wen?

Uns ist natürlich bekannt, daß es starke Kräfte in der CDU und im Bundeskanzleramt gab, die Adenauer diese Begegnung ausreden wollten. Haben wir unrecht, wenn Adenauer den Standpunkt vertreten hat, es sei eine ganz natürliche Sache, wenn zwei Parteivorsitzende sich über wichtige Lebensfragen der Nation aussprechen und Informationen austauschen?

Ludwig, Ludwig, Du hast Dir nicht verändert, Du verstehst immer noch nichts von der Politik.

## Stetige Politik der Labour Regierung

### Überwindung konservativer Mißwirtschaft

Von Fritz Segall, London

Seitdem die Labour Party vor wenigen Wochen anlässlich von Gemeindewahlen 900 Sitze in den Rathäusern außerhalb Londons verlor, versucht die konservative Parteileitung und ihre Presse der Wählerschaft einzureden, die Labour Regierung und ihr Programm sei ein "gigantischer Schwindel", die Tories würden mit einer großen Majorität im Unterhaus alsbald die Regierung übernehmen. Sie wissen natürlich sehr genau, daß die Gemeindewahlen in einem für die Labour Party ungünstigen Zeitpunkt stattfanden, daß die Wahlbeteiligung durchschnittlich etwa nur 30 Prozent betrug und selbst in konservativen Hochburgen bis auf 10 Prozent herabsank, daß aber in einer fast gleichzeitig durchgeführten Meinungsbefragung im Landesmaßstab die Labour Party immer noch mit 5 Prozent in der Führung lag.

Mit einer Mehrheit von nur drei Stimmen könnte die Labour Party schon aus technischen Gründen jederzeit eine Niederlage im Parlament erleiden, die zu Neuwahlen führen muß. Einige Krankheitsfälle allein könnten zur Krise führen.

### Unsichere Tories

Bis jetzt war die Opposition vorsichtig genug, es auf eine Zuspitzung der parlamentarischen Situation ankommen zu lassen. Sie hat, im Gegensatz zur Regierungspartei, genug Schwierigkeiten in den eigenen Reihen. Oppositionsführer Sir Alec Douglas-Home ist eine unstrittene Persönlichkeit, die immer wieder, wenn auch außerhalb seiner Partei kaum erkennbar, zu Auseinandersetzungen Anlaß gibt, die durch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über das Parteiprogramm verschärft werden. Deutlicher denn je treten die Gegensätze zwischen dem viktorianisch gebliebenen Flügel der Partei und der etwas fortschrittlicheren Gruppe in den Vordergrund. Die Parteiführung befürchtet mit Recht, daß Neuwahlen, noch dazu vorzeitig herbeigeführt, zum gleichen Resultat führen können wie die Wahlen im vergangenen Herbst: Eine Majorität, die so gering ist, daß sie jederzeit zur Minorität werden kann.

### Zielbewußte Politik Labours

Es ist mehr als erstaunlich, daß die Labour Regierung bis jetzt im Amt blieb, und daß Ministerpräsident Harold Wilson nicht daran denkt, in diesem Jahre Neuwahlen anzusetzen; es sei denn, daß ein zufälliges und unvorhergesehenes Abstimmungsergebnis zur vorzeitigen Ansetzung eines Wahltermins zwingt.

Allerdings kann nicht bestritten werden, daß sich die Labour Fraktion im Unterhaus in keiner beneidenswerten Situation befindet. Die Partei hat vor den Wahlen ein Regierungsprogramm aufgestellt, von dem nicht einmal feststeht, ob es in einer günstigeren politischen Situation eine Lösung gefunden hätte. Im Vordergrund dieses Programms steht die Nationalisierung der Stahlindustrie, die selbst innerhalb der Labour Party umstritten bleibt. Eine Abstimmung im

Unterhaus hätte zu einer echten Niederlage der Partei führen können.

#### Sozialisierung vertagt

Es ist daher verständlich, daß Harold Wilson diesen Punkt des Regierungsprogramms vertagte, der schon zu Zeiten der Attlee-Regierung eine Krise auslöste und zur Folge hatte, daß die Verstaatlichung anderer Wirtschaftsgebiete, wie z.B. die Übernahme der Zuckerindustrie durch die öffentliche Hand, sang- und klanglos aufgegeben wurde.

Vor wenigen Tagen wurde allerdings veröffentlicht, daß die Vereinigung der Schiffbau- und anderer technischer Berufe, der allein 38 Gewerkschaften mit etwa 3 Millionen Mitgliedern angehören, vorschlägt, daß alle Wirtschaftsunternehmen, die durch staatliche Mittel bezuschusst werden oder durch Bezuschussung produktiver arbeiten könnten, in den öffentlichen Besitz überführt werden.

Es ist wohl sicher, daß das Sozialisierungsprogramm der Labour Party, das im Verlaufe des nächsten Parteitages im Herbst eine erhebliche Rolle spielen wird, aufgeschoben wird und im Augenblick durch andere Aufgaben der Regierung ersetzt wird, die einen wirklichen Vorrang haben.

#### Das böse Erbe der Konservativen

Seit 1931 sind alle Labour Regierungen an den wirtschaftlichen Hinterlassenschaften konservativer Verwaltung gescheitert. Auch die Wilson-Regierung wird an der bösen Erbschaft des 13 Jahre Tory-Mißwirtschaft scheitern, wenn sie je zu Fall kommt. Interessierte Wirtschaftsführungen mit "angemaßten Privilegien" hoffen, daß sich die Geschichte wiederholt; sie bilden bereits wieder ein "Komplott", vor dem einer der führenden und hauptverantwortlichen Labour Minister, George Brown, mehrfach öffentlich warnte. Durch internationale Finanzgruppen werden jene Machenschaften unterstützt. Trotzdem konnte James Callaghan, ein anderer Minister, erneut feststellen, daß Großbritannien schon im Herbst die ersten wirtschaftlichen Erleichterungen verspüren wird, wenn auch die konservative Hinterlassenschaft, eine Untertilanz im Außenhandel von mehr als 700 Millionen Pfund, auch nicht annähernd ausgeglichen sein wird.

Die Überwindung dieses konservativen Erbes kostet natürlich Opfer vor allen von denen, die an der Katastrophe am wenigsten schuld sind. Die Maßnahmen der Regierung, die sofort nach ihrem Amtsantritt notwendig wurden, brachten Enttäuschungen, die zur Folge hatten, daß zumeist die Schar parteiloser Mitläufer nach monatelanger verschleierte Pressepropaganda wieder zu den Konservativen zurückflutete, die im Augenblick in der öffentlichen Meinungsbefragung mit 5 Prozent in der Führung liegen. Allerdings hat die Regierung, nachdem sie das wirkliche Ausmaß der Wirtschaftskatastrophe erfuhr, mit einem solchen Abfall der öffentlichen Meinung gerechnet.

#### Fünf-jahres-Plan Labours

Durch eine sich noch in Vorbereitung befindliche Planung, die im Mittelpunkt eines neuen Programms stehen soll, durch die eine

Erhöhung der augenblicklichen Produktionsziffer um 25 Prozent vorsieht, soll sich die britische Wirtschaft durch erhöhte Inanspruchnahme menschlicher und maschineller Arbeitskraft normalisieren. In diese Planung gehört aber auch dringend eine schon seit langer Zeit notwendig gewordene Reorganisation des britischen Gewerkschaftssystems.

### Außenpolitik der Regierung

Die Stetigkeit, mit der die Labour Regierung den wirtschaftlichen Sektor beherrscht, überträgt Harold Wilson auch auf die Gebiete der Außenpolitik. Auch hier wird ein Ziel verfolgt, das bereits im Wahlprogramm festgelegt wurde. Es war die Absicht der Labour Party, vor allem das Verhältnis zu den USA zu festigen, das von Wilsons Vorgängern Harold Macmillan und Sir Alec Douglas-Home völlig vernachlässigt wurde, so daß Washington die britische Außenpolitik nur noch mit Mißtrauen beobachtete. Es ist das Verdienst Wilsons, daß sich die Zusammenarbeit beider Länder so erheblich besserte, daß sie bereits in entscheidendem Maße zur Entlastung der britischen Wirtschaftskrise beitrug. Die gegenseitige Neigung zur Zusammenarbeit hat auch erheblich die weltpolitische Situation beeinflussen können, die in Asien und Afrika einer einheitlichen Führung bedarf. Die Friedenskommission, die die kriegerischen Auseinandersetzungen in Vietnam beenden soll, und die von Wilson während der Konferenz der Commonwealth Prim Minister vorgeschlagen wurde, hat eine Aufgabe erfüllt, gleichgültig, ob die Kommission bestehen bleibt, von kommunistischen Regierungen empfangen und wer sie führen wird. Überraschend hat sich Michael Stewart in seiner Amt bewährt, von dem selbst konservative Kreise, die dem Foreign Office nahestehen, voraussagen, daß er sich nach Ernest Bevin und Anthony Eden zu einem der befähigsten britischen Außenminister entwickeln könnte.

### Positiv zu Europa

Bezeichnend für diese Entwicklung und Beurteilung der britischen Außenpolitik ist auch die Einstellung der Labour Regierung zu Europa. Im Gegensatz zu allen negativen Voraussagen der britischen Konservativen und auch vieler kontinentaler Beobachter der britischen Außenpolitik hat die Regierung Wilson weit mehr Verständnis für die Zusammenarbeit der europäischen Gemeinschaften und eine Verzehrung von EWG und EFTA gezeigt als die früheren konservativen Regierungen Großbritanniens. Es ist bezeichnend für den Geist der britischen Labour Regierung, daß sie im Gegensatz zu allen früheren konservativen Regierungen Großbritanniens entweder durch qualifizierte Beobachter oder durch aktive Mitarbeit bei wichtigen internationalen Konferenzen vertreten ist. Diese Aufgeschlossenheit der Labour Regierung gegenüber der Europapolitik hat zu einer wesentlichen Verbesserung des politischen und wirtschaftlichen Klimas zwischen Großbritannien und den übrigen europäischen Staaten geführt.

Auch in dieser Beziehung hat die Regierung Wilson eine nicht gerade sehr schöne Erbschaft der konservativen Regierungen übernommen. Sie muß jetzt nachholen, was in einem Jahrzehnt versäumt wurde. Hierzu gehört nicht zuletzt die Bildung neuer Kader zur Übernahme von wichtigen Funktionen, sondern auch eine auf lange Sicht arbeitende Aufklärungstätigkeit über die Ziele der europäischen Politik in Großbritannien und in den Commonwealth-Staaten.

## Wie das Wetter auf die Gesundheit einwirkt

Weltorganisation für Meteorologie  
kommt zu erstaunlichen Feststellungen

Von Pierre Simonitsch, Genf

Bei Tiefdruckwetter gibt es um 70 Prozent mehr Verkehrsunfälle; Empfängnis während der kalten Jahreszeit erhöht die Chancen einer männlichen Geburt; im Sommer ist der Blutdruck am niedrigsten; die schwersten Babies kommen im Juni-Juli zur Welt; die Fortpflanzungsfähigkeit steigt mit zunehmender Sonnenbestrahlung. Dies sind einige der erstaunlichen Forschungsergebnisse, die in einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Weltorganisation für Meteorologie zusammengefaßt sind.

Der Einfluß des Wetters auf Gesundheit und Laune ist ja eine altbekannte Tatsache. Dabei hat aber der Volksglaube manchmal falsche Schlüsse gezogen, mit denen der vorliegende Bericht aufräumt. So hat beispielsweise der Föhn an sich keine besonders ausgeprägten gesundheitsstörenden Eigenschaften, sondern nur in Zusammenhang mit seinen verschiedenen Begleiterscheinungen. Bei Asthmaleidenden ist es vor allem plötzlicher Luftdruckwechsel oder ein rascher Wetterumschwung nach einer langen ruhigen Periode, der Asthmatikern zu schaffen macht. Seiner Höhepunkt findet das Asthma gewöhnlich im Spätherbst.

Rheumatismus verstärkt sich sowohl bei sehr kaltem wie bei sehr heißem Wetter; manche Rheumakranken sind jedoch nur auf eines der beiden Extreme empfindlich. Statistisch untermauert wurde in den letzten Jahren die Theorie, wonach das Vorüberziehen einer Gewitterfront oder der plötzliche Einfall polarer Luftmassen bei vielen Menschen zu Herzattacken führt. Dabei liegt in unseren gemäßigten Zonen die höchste Sterblichkeitsziffer für Herzranke im Winter und die geringste im Sommer, während es in den feucht-tropischen Ländern gerade umgekehrt ist. Arthritis verstärkt sich im Herbst und frühen Winter, die Luftfeuchtigkeit scheint dabei keine Rolle zu spielen. Die Ausbreitung der Kinderlähmung dagegen wird durch warme Luftfeuchtigkeit begünstigt. Zahnhäule verringert sich bei Sonnenbestrahlung.

Die Wettereinflüsse wirken sich auch auf Geisteskrankheiten aus. Die meisten Schizophreniefälle werden zwischen November und Januar registriert, das gleiche gilt für Epilepsie. Die höchste Geburtenziffer geisteskranker Kinder wird ebenfalls im Winter verzeichnet.

Das Zunehmen der Gesundheitsbeschwerden kann allerdings in unseren zivilisierten Ländern zum Teil auf die verstärkte Luftverschmutzung während ungünstiger Witterung zurückgeführt werden. Auch die Häufigkeit von Verkehrsunfällen bei schlechtem Wetter hat teilweise die dabei eintretenden schlechten Straßenverhältnisse als Ursache. Dennoch sehen die Biometeorologen, die den Zusammenhang zwischen Witterung und Leben studieren, auch hier die gleichzeitige Wettereinwirkung auf den menschlichen Organismus als hauptverantwortlich an. Sie haben herausgefunden, daß das Reaktionsvermögen bei kühlem, trockenem Wetter wesentlich besser funktioniert als während einer Tiefdruckzone.

An und für sich wirkt sich ein Wetterwechsel auf einen gesunden Organismus stimulierend aus. Viele Menschen können jedoch mit dieser Stimulierung nichts anfangen, so daß sie sich als Störung bemerkbar macht. Die ersten Zeichen sind Unwohlsein, Depressionen, Überempfindlichkeit, Schlaflosigkeit und Herzklopfen. Wenn die individuelle Regulierfähigkeit noch geringer ist, können sich in der Folge richtige Krankheiten einstellen. Die hauptsächlichsten Zentren des menschlichen Körpers, die auf meteorologische Einflüsse reagieren, sind laut dem Bericht die Haut, die Lunge, die Nase, die Augen und das allgemeine Nervensystem.